



DER AUTOR

Dr. Gerd Landsberg

ist seit dem 1. Januar 1998
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Städte- und
Gemeindebundes.

Der Deutsche Städte- und
Gemeindebund vertritt die Interessen
der Kommunalen Selbstverwaltung der
Städte und Gemeinden in Deutschland
und Europa. Über seine Mitglieds-
verbände repräsentiert er rund 12500
Kommunen in Deutschland.

Mitgliedsverbände

- Bayerischer Gemeindetag
- Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz
- Gemeinde- und Städtebund
Thüringen
- Gemeindetag Baden-Württemberg
- Hessischer Städte- und
Gemeindebund
- Hessischer Städtetag
- Niedersächsischer Städte- und
Gemeindebund
- Niedersächsischer Städtetag
(Gaststatus)
- Saarländischer Städte- und
Gemeindetag
- Sächsischer Städte- und
Gemeindetag
- Schleswig-Holsteinischer
Gemeindetag
- Städte- und Gemeindebund
Brandenburg
- Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen
- Städte- und Gemeindebund Sachsen-
Anhalt
- Städte- und Gemeindetag
Mecklenburg-Vorpommern
- Städtebund Schleswig-Holstein
- Städtetag Rheinland-Pfalz

STATEMENT ZUR BILDUNGSPOLITIK

Bildungspolitik ist Zukunft

1. Bildung ist die entscheidende Zukunftsfrage für unsere Gesellschaft. Nur mit besserer Bildung wird Deutschland die zentralen Herausforderungen: Demographischer Wandel, Globalisierung, Rohstoffarmut, Integration von Zuwanderern, Erhaltung des Wohlstands und Zukunftssicherung des Sozialstaates, meistern können.

2. Die notwendige Verbesserung des Bildungsstandorts muss dauerhaft finanziert werden. Hier sind Bund und Länder in der Pflicht, vor der Formulierung „immer neuer Versprechungen“ ein Finanzierungskonzept zu beschließen. Die Kommunen sind nicht in der Lage, aus eigener Kraft immer neue Anforderungen bei Personal und Infrastruktur zu leisten.

3. Bildung umfasst einen lebenslangen Lernprozess vom Kindergarten, über die Schule, die Hochschulen, die Volkshochschulen, die betriebliche Fortbildung wie auch die individuellen Anstrengungen.

4. Bessere Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Gruppen (Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kirchen und die Familien) stellen müssen.

5. Städte und Gemeinden haben eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung des Bildungsstandortes. Sie tragen Verantwortung für Kinder-

gärten, Volkshochschulen, die sachliche Ausstattung der Schulen, das Bildungsklima und das damit verbundene familiäre Umfeld.

6. Bildungs-, Familien- und Integrationspolitik können nur gemeinsam fortentwickelt werden. Notwendig ist insoweit ein nachhaltiges Gesamtkonzept, das allen Aspekten Rechnung trägt.

7. Deutschland lebt auch von seiner Vielfalt, deshalb müssen Verbesserungen den regionalen Besonderheiten Rechnung tragen. Bundesweit einheitliche Standards, ohne Rücksicht auf die Situation vor Ort, sind deshalb nicht sachgerecht.

8. Die grundsätzliche föderative Zuständigkeitsaufteilung, wonach vorrangig die Länder für die Bildung zuständig sind, sollte trotz gemeinsamer Zielsetzungen nicht infrage gestellt werden.

9. Zentrale Herausforderungen für eine bessere Bildungspolitik sind insbesondere:

- die Verbesserung der Kindergarten-situation als Ort frühkindlicher Bildung (auch Sprachkompetenz), als Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit);
- die bessere Vernetzung von Grundschulen und Kindergärten;
- der Ausbau der Ganztagsbetreuung in Schulen;
- die Aufwertung der gesellschaftlich-



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

15. September 2008 | www.dstgb.de | position@dstgb.de

Position

en Anerkennung des Lehrerberufs (Aufstiegsmöglichkeiten, Werbung für den Lehrerberuf);

- Stärkung der Selbständigkeit von Schulen (Schulprofile, Budget- und Personalhoheit);
- Festschreibung nicht nur von Elternrechten, sondern auch von Elternpflichten;

- stärkere Einbindung der Wirtschaft (Praktikumsstellen, stärkere Vernetzung beim Übergang in die Ausbildung);

- konsequenter Ausbau der Infrastruktur von Kindergärten und Schulen, dauerhafte Verbesserung der Ausstattung;
- Mittelbereitstellung für zusätzli-

che soziale Betreuung gerade in Problemschulen und Brennpunkten.

10. Ein Bildungsgipfel ohne Einbindung der Städte und Gemeinden wird sein Ziel verfehlen.

(1. September 2008)